

Dr. med. Wolfgang Hoppenthaller
Landesvorsitzender
stellv. Bundesvorsitzender



Herrn
Hartmut Koschyk MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Nachrichtlich:

Frau Staatsministerin
Christa Stewens

Herrn MdB
Wolfgang Zöllner

CSU-Bundestagsabgeordnete

Abgeordnete
des Bayerischen Landtages

Hausärzte Bayerns

München, 05.03.2008

Sehr geehrter Herr Koschyk,

mit Datum vom 25.02.08 verbreiten Sie eine Stellungnahme zum Protest der bayerischen Hausärzte, die dem inhaltlichen Duktus nach aus dem Sozialministerium stammen dürfte und in der kein einziger der angesprochenen Problempunkte richtig dargestellt ist.

Gerade diese Falschdarstellungen und Verschleierungstaktik wesentlicher Fakten sowie die leeren Worthülsen sind das Problem, das wir Hausärzte mit der CSU und insbesondere mit deren Repräsentanten haben.

Ich nehme zu Ihrem Schreiben wie folgt Stellung:

- **Die Gesundheitsreform ist nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern im engen Dialog gerade mit der Hausärzteschaft entwickelt worden.** Diese Aussage ist eine glatte Desinformation. Es hat niemals ein Dialog stattgefunden. Wir wurden anfangs nicht einmal angehört. Lediglich angehört wurden wir erst, nachdem wir CSU unfreundliche Plakate in unseren Praxen aufgehängt haben. Die in diesen erzwungenen „Anhörungen“ unsererseits vorgetragenen Prob-

Bayerischer Hausärzteverband e.V.

Orleansstr. 6
81669 München

Tel. 089/6230376
Fax. 089/6421811
Email: info@bhaev.de

Montag – Freitag
9.00 - 12.30 Uhr

Deutsche Apotheker- Kto.- Nr. 3238938
u. Ärztebank München BLZ · 700 906 06
Internet: www.hausaerzte-bayern.de

leme fanden überhaupt keinen Eingang in das Gesetzgebungsverfahren, ganz im Gegenteil.

➤ **Die CSU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärzteschaft unangetastet bleibt.**

Diese Behauptung ist genauso abgegriffen wie lächerlich. Es gibt keinen unfreieren Beruf als den des Vertragsarztes. Wir sind zu reinen Bittstellern vor den Kassen degradiert. Allein die Kassen entscheiden darüber, ob überhaupt Verhandlungen geführt werden. Wenn solche geführt werden, bestimmen alleine diese das Ergebnis der Verhandlungen. Die einzige „Freiberuflichkeit“, die uns Vertragsärzten bleibt, ist das Risiko der Betriebsführung ohne Einfluss auf die Honorareckdaten, das Risiko der Patientenbehandlung insgesamt sowie das Risiko der Arzneimittelverordnung unter permanentem Regressdruck.

Das geringe Maß der Freiheit, welches uns durch den § 73b im ersten Gesetzentwurf zugehört war, wurde durch den intensiven Einsatz der CDU/CSU zu Nichte gemacht, in dem sich die Sozialpolitiker dieser Parteien trotz unseres Protestes massiv dafür eingesetzt haben, dass auch die Kassenärztliche Vereinigung als potentieller Vertragspartner in das Gesetz aufgenommen wurde.

➤ **Die neue Gebührenordnung bringt Planungssicherheit.**

Diese Behauptung kann man ebenfalls nur als lächerlich bezeichnen. Entweder verstehen die Sozialpolitiker der CSU ihr eigenes Gesetz nicht oder sie versuchen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Ärzteschaft wie gewohnt zu täuschen.

Zum einen wird das künftige Honorar über einen bundesweiten und fachgruppenübergreifenden Orientierungspunktwert festgelegt. Durch diese Systematik werden die bayerischen Hausärzte Honorar sowohl in Richtung Norden und Osten, als auch in Richtung technische Medizin verlieren.

Auch die Budgetierung bleibt erhalten, da nach den Plänen der KBV das Honorar der Hausärzte ab dem 801sten Patienten um 50 % abgestaffelt wird, ab dem 1201sten Patienten soll es überhaupt kein Honorar mehr geben. Das ist die Budgetierung über die Patientenzahl.

➤ **Das Einkommen der bayerischen Hausärzte liegt 15 – 20 % über dem Bundesdurchschnitt. Die Prognosen, dass Hausärzte künftig nur noch 30-40 Euro pro Patient erhalten, kann kaum zutreffen.**

Die Behauptung, die hausärztlichen Honorare in Bayern würden 15 – 20 % über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist durch nichts bewiesen. Die bayerischen Hausärzte erhalten von den Ersatzkassen (außer BARMER) und von den BKK pro Quartal und Patient durchschnittlich 45 Euro, wobei der Nacht- und Sonntagsdienst nicht einberechnet ist. Von diesen Honoraren können die bayerischen Hausärzte schon jetzt nicht mehr existieren.

Sie existieren durch die höheren Fallwerte der AOK und der LKK, sowie durch die Zusatzeinnahmen durch Nacht- und Sonntagsdienst und durch die Privateinnahmen.

Bezüglich des höheren Fallwertes der AOK ist zu sagen, dass dieser im Wesentlichen durch den AOK-Hausarztvertrag zu Stande kommt, den wir uns aber auch

erkämpfen mussten (Frau Stewens sprach damals von Erpressung).
Was die Höhe der künftigen Fallwerte ab 2009 betrifft, prognostiziert selbst die KVB Honorarverluste in Höhe von 30%. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass sämtliche Honorarverluste in vollem Umfang zu Lasten der Gewinne gehen, da die Arbeit am Patienten und somit die Betriebskosten nicht weniger werden.

➤ **Der Fondsstart darf keine Geisterfahrt werden.**

Zum Fond möchten wir uns nicht äußern, da wir der Meinung sind, dass die Höhe unserer Honorare nicht vom technischen Fluss der Kassenbeiträge abhängig sein kann. Oder glauben Sie etwa, dass die Pharmaindustrie künftig ihre Produkte in Bayern billiger verkauft wird, weil auf Grund der Fondsystematik Geld aus Bayern abfließen wird?

➤ **Problemlösung durch ein Expertengremium.**

In diesem Gremium soll u. a. Transparenz im System der Kassenärztlichen Vereinigung hergestellt werden. Monatelang forderten wir im vergangenen Jahr eine Untersuchungskommission, welche die Anwendung des Honorarverteilungsvertrages (HVV) durch die KVB untersuchen sollte. Die Einsetzung einer solchen Kommission wurde von Frau Stewens mehrfach verhindert. Den diesbezüglichen Schriftwechsel können wir zur Verfügung stellen. Die Glaubwürdigkeit der CSU wird durch die Einsetzung einer solchen „Problem – Begräbnis – Kommission“ nicht größer. Die Gesetze sind beschlossen und daran kann auch diese Kommission nichts ändern.

➤ **Kollektive Zulassungsrückgabe birgt erhebliche Risiken.**

Glauben Sie wirklich,

- dass die Kassen ohne 6000 Hausärzte den Sicherstellungsauftrag erfüllen können? Sicherstellungsauftrag heißt, dass sie jedem Patienten zeitnah im Erkrankungsfall eine Behandlung anbieten müssen.
- dass sich die Bürgerinnen und Bürger Bayerns von der Staatsregierung oder von den Kassenfunktionären vorschreiben lassen, dass sie sich zu polnischen oder tschechischen Ärzten zu begeben haben, wie es der Vorsitzende der KVB plant?
- dass es die Bayerische Staatsregierung und die Krankenkassen lange durchhalten werden, wenn wir auf die Drangsalierungsinstrumente der Kassen und der Politik mit ein- oder mehrwöchigen Praxisschließungen antworten werden?
- dass es uns noch interessiert, dass wir erst nach 6 Jahren wieder in das System zurückkehren können? Wir scheiden jetzt aus diesem System aus, weil wir dieses Unrechtssystem nicht mehr wollen.

- **Kassenärztliche Vereinigungen können Hausarztverträge mit Kassen nur dann schließen, wenn Gemeinschaften von Hausärzten sie dazu ermächtigen.**

Auch an dieser Feststellung erkennt man die unseriöse Politik der CSU. Durch eine Faxabfrage, an der sich mehr als 80 % der bayerischen Hausärzte beteiligten, wurde der BHÄV von 95 % der abgegebenen Stimmen für die Vertragsverhandlungen mandatiert. Dennoch schloss die KVB mit der Vertragsgemeinschaft der BKK einen Hausarztvertrag ab, den der BHÄV vorher abgelehnt hatte.

Frau Stewens sah sich im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht nicht veranlasst, gegen diesen rechtswidrigen Vorgang zu Lasten der Hausärzte aufsichtsrechtlich einzugreifen.

- **Die These von der Amerikanisierung unseres Gesundheitswesens ist unhaltbar.**

Bevor Sie die Bevölkerung Bayerns erneut desinformieren, sollten Sie sich besser mit den bereits bestehenden Tatsachen und mit den Diskussionen, die im Dunstkreis der Bertelsmannstiftung geführt werden, auseinandersetzen. Glauben Sie wirklich, dass das Aktienunternehmen Healthways ein Wohltätigkeitsunternehmen ist oder ihr Geld mit Call-Center verdienen will?

Die Call-Center dieses Unternehmens sind dazu vorgesehen, die Daten der Patienten zu sammeln und künftig die Patientenströme in die Medizinischen Versorgungszentren der privaten Klinikketten zu lenken - vorbei an den niedergelassenen Fachärzten. Auch in dieser Entwicklung wird der Wille der Bürgerinnen und Bürger Bayerns manipuliert.

Diese Politik der Vernebelungstaktik und Falschdarstellung der CSU akzeptieren wir nicht mehr. Deshalb werden wir unsere Richtigstellung ihrer Behauptungen sowohl den Mandatsträgern der Parteien als auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Sozialpolitiker Ihrer Partei haben in den vergangenen Jahrzehnten alles daran gesetzt, die hausärztliche Versorgungsebene zu eradizieren. Die Bekenntnisse der CSU zur Freiberuflichkeit und zur Unterstützung des Mittelstandes sind offensichtlich nur Worthülsen. Ihre jetzige Informationsschrift, die sich erneut gegen die mehr als berechtigten Forderungen der Hausärzte richtet, belegt, dass Sie nicht einmal jetzt zu einer seriösen Diskussion bereit sind.

Mit freundlichen Grüßen



W. Hoppenthaller